

Leseprobe aus:

Dirk Sager

Pulverfass Russland



Mehr Informationen zum Buch finden Sie auf rowohlt.de.

Inhalt

Vorwort 7

1. Kapitel Was treibt Putin an? 17
 2. Kapitel Lehrjahre eines Meisters 33
 3. Kapitel Die Entdeckung des Patriotismus 55
 4. Kapitel Medien im Würgegriff 75
 5. Kapitel Der Leviathan erwacht 105
 6. Kapitel Die Gleichschaltung der Legislative 127
 7. Kapitel Wo bleibt die Opposition? 151
 8. Kapitel Die Reichen und die Macht 179
 9. Kapitel Energie als Waffe 199
 10. Kapitel Demokratie mit Adjektiven 223
 11. Kapitel Annäherung durch Verflechtung? 255
- Literatur 283
- Dank 285

Vorwort

Aufstieg und Niedergang, Hoffnung und Desillusionierung – wie in einem Mahlstrom wirbelt Russland zwischen den Polen der Extreme: Moskau als «Drittes Rom» oder eine Hölle auf Erden. Nach wirtschaftlichem Aufstieg während Putins Präsidentschaft, dem wahnhaften Streben nach dem Wiedererlangen von Stärke und Macht, hat auch Russland die weltweite Wirtschaftskrise erreicht. So selbstgewiss hatte sich die Führung im Kreml gewöhnt als Herrscher über die weltgrößten Reserven an Energie. Damit schien das Land besser gerüstet für eine neue Weltmachtrolle als durch jede militärische Streitmacht. Das war der Ausgangspunkt für eine neue Etappe «des russischen Weges», wie der große Moskauer Historiker Juri Afanassjew die Politik der jüngeren Zeit beschreibt, ein Sendungsbewusstsein, gekennzeichnet durch einen «Messiaskomplex» und Expansionsdrang. Er nennt es eine Rückkehr zu alten Traditionen: «Tatsächlich bedeutet ‹zurückkehren› in Russland, dass wir uns an einem Ort wiederfinden, den wir genau genommen niemals wirklich verlassen haben.»

Nun taumelt die Wirtschaft zwischen Smolensk im Westen und Wladiwostok im fernen Osten des Landes. Und noch ist nicht ausgemacht, ob diese neuerliche Prüfung wie eine Kur gegen den Großmachtwahn wirkt oder zu tiefen sozialen und politischen Verwerfungen führt – gefährlich für Russland selbst und seine Nachbarn. Wer durch das Land reist, stößt immer wieder auf die Spuren lastender Geschichte, im Norden die im Schnee versunkene Welt der Straflager, Gastgeber in den Dörfern, die vom Schicksal ihrer Vorfahren im Gulag erzählen. Die Last dieser Geschichte wird nicht leichter, wenn in einer kosmetischen

Operation die Maske des Grauens zu einem makellosen Antlitz hergerichtet wird. Es mag sogar sein, dass die Krise Russland viel schlimmer trifft als manch ärmeres Land, gerade weil die politische Führung Masken trägt, des Stolzes, des Ingrimms und ohne erkennbares Empfinden für die Tragik des Geschehens in vorangegangenen Jahrzehnten. Alexander Jakowlew, Weggefährte Gorbatschows und Mitarchitekt von Perestroika und Glasnost, Geburtshelfer eines neuen demokratischen Russlands, wehrte sich bis in seine letzten Tage gegen den Prozess des Verdrängens und Vergessens. Er erkannte darin eine fundamentale Gefahr für den neuen Staat. Bei einem seiner letzten öffentlichen Auftritte im Oktober des Jahres 2000 – Putin war gerade ein halbes Jahr Präsident – warnte er vor der für ihn absehbaren Entwicklung und erklärte: «Unsere Ermüdung hindert uns daran, klar zu erkennen, dass der Amtswalter die ganze Fülle der Macht erneut ergriffen hat und dabei die Verfassung, die Gesetze und den Menschen niederhält.» Nicht etwa die ausländischen Kommentatoren oder Korrespondenten erhoben als Erste die Stimme, sondern Wissenschaftler und Politiker in Moskau. Und unter ihnen waren es die Alten, jene, die die Zeit der Tyrannei noch in klarster Erinnerung hatten, die am eindringlichsten warnten. Sie erkannten, dass die Weichen gestellt wurden für einen neuerlichen Weg ins Abseits, als ob es die Geschichte nicht gegeben hätte.

Butowo war damals ein Dorf vor den Toren Moskaus. Am Rand der von Kiefern umstandenen Siedlung aus Holzhäusern lag der Schießplatz – den Widerhall von Gewehr- und Pistolenschüssen kannten die Anwohner. Doch seit dem 8. August 1937 drangen des Nachts und in den frühen Morgenstunden auch die Rufe von Frauen und Männern in die Hütten – Gebete und das Flehen, man möge doch um Gottes und der Kinder willen ein Einsehen haben. Es begann, was später Stalins «Großer Terror» oder die «Große

Säuberung» genannt wurde, obwohl das vom Staat verordnete Morden längst schon zur Gewohnheit geworden war.

An jenem ersten Tag wurden 91 Menschen erschossen. Die nach dem Ende der Sowjetunion erstellten Listen der in Butowo Getöteten zählen insgesamt über zwanzigtausend Namen. Die Opfer, die Tag und Nacht in Lastwagen herangekarrt wurden, waren keineswegs, wie später offiziell behauptet wurde, in ihrer Mehrzahl Parteimitglieder. Zu den Erschossenen gehörte Tatjana Iwanowna, eine Frau in den Dreißigern. Man weiß von ihrem Schicksal, weil Verwandte später den Ort der Erschießung aufsuchten, wo die Leiche von Tatjana Iwanowna irgendwo unter der wuchernden Grasnarbe in einem Graben verscharrt worden war. Als Grund für ihre Verhaftung und Exekution reichte es, dass sie in ihrer Jugend mit einem deutschen Unternehmer in Moskau verheiratet war, der nach der Revolution sie und das Land verließ. Daraus konstruierte das NKWD, so hieß der Geheimdienst damals, den Vorwurf der Spionage.

Dass sich die Spuren ihres Lebens in jener Zeit nicht verloren, ist einfachen Kirchenleuten und der Menschenrechtsorganisation «Memorial» zu danken. Die einen bauten nach dem Ende der kommunistischen Herrschaft am Rand der Erschießungsstätte eine Kirche aus Holz. Und gemeinsam trug man die Namen der Hingerichteten zu einem Totenbuch zusammen. Der Staat zeigte kein Interesse für das Gedenken an diesen Teil seiner Geschichte. Wer in späteren Jahren nach Butowo fuhr, durchquerte die Ödnis der Vorstadt, wo sowjetische Industriebrachen und grelle Reklamewände die Lust am Verdrängen spiegelten. Man hatte Mühe, das Ziel zu erreichen, weil es auf keinem Stadtplan verzeichnet war und keine Schilder den Weg wiesen. Endlich angekommen, traf man in einem Haus neben der Kirche die selbst ernannten Hüter des vergessenen Ortes. Dort hatten sie die Dokumente gesammelt, gewährten Einblick in die langen Listen, ein paar Menschen, die sich staatlicher Gewissenlosigkeit entgegenstemmen,

wie man sie immer wieder in Russland trifft, so gradlinig und offenherzig in Mitgefühl und Gastfreundschaft, wo sie doch fast nichts zu teilen hatten.

Als ich im März 1980 zum ersten Mal nach Moskau kam, wagte kaum jemand von Butowo zu sprechen. Doch bei aller Tristesse in der Endphase der Herrschaft Leonid Breschnews, die rückblickend als die «Zeit der Stagnation» betrachtet wird, gab es Zeichen der Hoffnung. Angesichts des politischen und ökonomischen Niedergangs griff im Land die Erkenntnis um sich, dass die Zeit der Lügen nicht andauern konnte, dass hinter den Kulissen des sich pompös gebärdenden Gebildes von Staat und Partei etwas Neues entstehen musste, auch wenn noch niemand wusste, wie die Zukunft aussehen würde. So dachten nicht nur diejenigen, die damals von Amts wegen abfällig Dissidenten genannt wurden. Selbst im Zentralkomitee der Kommunisten regten sich unruhige Geister.

Valentin Falin, der frühere sowjetische Botschafter in Bonn, war auf interne Dokumente zu den Erschießungen polnischer Offiziere in Katyn 1940 gestoßen, die nach Lesart der Partei immer noch den Deutschen angelastet wurden. Falin, damals Berater des Generalsekretärs Juri Andropow, der Breschnew im Amt gefolgt war, drängte darauf, das Geheimnis zu lüften und zu bekennen, dass die Mörder dem NKWD angehörten und die Exekutionen auf Geheiß Stalins vollzogen worden waren.

Die Zeit war noch nicht reif für solche Wahrheiten. Falin wurde aus dem Zentralkomitee entlassen, und man traf ihn fortan im Redaktionshaus der Zeitung «Iswestija», wo er als Kommentator arbeitete. Auch dieses abrupte Ende einer Karriere war ein Beleg für die wachsende Unruhe im Apparat, in dem Falin keineswegs ein Einzelgänger blieb. Später gelangte er wieder zu Ansehen und Ehren, als Michail Gorbatschow ihn in sein Team berief.

Auf Ungeduld und Widerspruch konnte man auch fernab der Hauptstadt stoßen, etwa bei Fabrikdirektoren oder Kolchos-

vorsitzenden, die das Elend der Wirtschaft in ihren eigenen Betrieben erlebten. Der sowjetische Koloss war erstarrt, erschöpft nicht zuletzt von der Fixierung auf den Rüstungswettkampf mit den USA. Aber die Vorbeben der kommenden Veränderungen waren zu spüren. Die vagen Hoffnungen jener frühen achtziger Jahre schlugen um in Euphorie, als Gorbatschow die Stunde der Wahrheit einläutete. Er wies einen neuen Weg ohne Umkehr, wie es damals schien, einen Weg, der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit – so phantastisch das noch klingen mochte – keinesfalls ausschloss. In den Straßen Moskaus demonstrierten Bürger für ihre Rechte. Im August 1991 verteidigten sie die demokratischen Ansätze gegen jene Kräfte in Geheimdienst und Partei, die das alte System wiederherstellen wollten.

Kaum zwanzig Jahre sind seither vergangen. Demokratie und Rechtsstaatlichkeit erscheinen so fern wie eh und je. Ohne Zweifel, die sowjetischen Zeiten sind endgültig vorüber. Das heutige Russland hat zwar manches gemein mit jenem untergegangenen Staatsmoloch, doch es ist ein anderes Land geworden. Die Grenzen sind offen, jedenfalls für alle, die das Geld haben, um zu reisen. Das wiedererblühte St. Petersburg erinnert an das «Palmyra des Nordens», wie die Dichter ihre Stadt einst genannt haben. Und wer heute durch Moskau fährt, mag sich zuweilen in Las Vegas wähnen. Andernorts ist der Wetteifer mit Manhattan unverkennbar.

Inmitten der Stadt liegt der Kreml. Er ist umkränzt von Baukränen, die die Silhouette des neuen Reichtums in den Himmel zeichnen. Das Machtzentrum des großen Landes steht wie seit Urzeiten in weißer, unschuldiger Reinheit am Ufer der Moskwa, als sei es ein Märchenschloss. Dabei ranken sich um den Palast grausame Mythen und Legenden von Machtintrigen und Herrscherwahn. Ein führender Politiker der nachkommunistischen Zeit empfahl einst, man möge die Festung als Museum zur Besichtigung freigeben, damit sich die Betrachter an den Kulissen

düsterer Geschichte erbauen könnten. Der neuen Politik jedenfalls könne in diesen Mauern kein Glück beschieden sein.

Auch damals, als ich nach Moskau kam, war die Burganlage aus dem Mittelalter eine Bastion gegen Wahrheit und Aufklärung. Doch was zu Breschnews Zeiten unter den Herrschenden vorging, wer mit wem in Fehde lag, wer bei Hofe an Gunst verloren hatte oder im Aufstieg begriffen war, drang nach außen. Selbst das Erscheinen des späteren Predigers von Glasnost und Perestroika wurde schon Gegenstand von Diskussionen, als er noch weit von seinen Zielen entfernt war.

So merkwürdig es klingt, in jener Zeit der späten Sowjetunion existierte ein gewisses Maß an Transparenz und auch ein Minimum an Machtbalance. Es gab Kontrollgremien, deren Aufgaben in den Parteistatuten festgeschrieben waren und die diese wenigstens rudimentär erfüllten. Und es gab im Apparat eine ganze Reihe von abendländisch gebildeten Menschen, die längst die Defizite des Systems erkannt hatten, die empfindsam waren gegenüber den Lügen und Verbrechen der Vergangenheit. Manche von ihnen wurden später enttäuschte Zeugen, wie die junge russische Demokratie entgleiste.

Heute ist der Kreml als Symbol für die Herrschaft in Russland wieder in ein Mysterium gehüllt, das viel undurchdringlicher ist als zu jenen Zeiten, in denen die Beobachter der Kremlpolitik schmählich «Astrologen» genannt wurden. Was auf den Korridoren der Macht ausgehandelt wird, welche Interessen vertreten werden, wer die handelnden Akteure sind, ist allenfalls Stoff für Spekulationen – solange man nicht zum engsten Kreis der Eingeweihten gehört. Es war bezeichnend, dass sich wenige Monate bevor der damalige russische Präsident Putin aus seinem Amt schied, hartnäckig das Gerücht hielt, er würde trotz gegenteiliger Bekundungen seine eigene Nachfolge anstreben. Der Präsident pries die bevorstehenden Wahlen als Ausweis praktizierter Demokratie und stürzte gleichzeitig durch seine Vexierspiele

mit möglichen Nachfolgern das Land in Verwirrung. Nicht nur die Auguren blieben ratlos. Viel schlimmer, sein Jonglieren mit Kandidaten zeugte von der Missachtung des Wählers – der sollte seine Stimme demjenigen geben, der ihm schließlich als Favorit präsentiert werden würde, vom staatlich kontrollierten Fernsehen ins Rampenlicht gerückt.

Wladimir Wladimirowitsch Putin hatte in der Zeit seiner Präsidentschaft alle politischen Strukturen und Machtinstanzen auf seine Person ausgerichtet. Er hatte sich umgeben mit «Silowiki», wie die Klasse der aus Militär und Geheimdienst stammenden Uniformträger genannt wird. Die meisten von ihnen haben ihre biographischen Wurzeln im sowjetischen KGB, was nach eigenem Bekenntnis das Leben prägt: «Einmal Tschekist – immer Tschekist.» Putin und seine Mitstreiter entzogen sich jeglicher demokratischen Kontrolle. Denn jene Institutionen, auf die die Demokratie sich stützt – das frei gewählte Parlament, die unabhängige Justiz, die freien Medien –, deformierten zu ihrem Nutzen. Wenn es überhaupt je einen demokratischen Geist in der Verfassung von 1993 gab, so wurde er in Ketten gelegt, um die Macht zu zementieren.

War Putin nur die Galionsfigur dieser Machtstrukturen oder blieb er bis heute tatsächlich der alles bestimmende Steuermann am Ruder des Staates, der auch den Nachfolger wie eine Marionette führt? Und wenn es so wäre, wie stabil ist ein Staatswesen, das sich ohne institutionelle Absicherung auf die Weitsicht eines Einzelnen verlassen muss? Bis heute blieb Putins Popularität die einzige Legitimation seiner Herrschaft, denn die Wahlen zur Duma im Dezember 2007 und die nachfolgende Wahl von Putins Nachfolger Medwedjew dienten allenfalls dazu, den Schein einer Demokratie zu wahren. Bescheidet sich Putins langjähriger Mitarbeiter und Favorit auch weiterhin mit der Rolle des demütigen Knappen seines Herrn oder entzweit sich das Gespann von Präsident und Premier und es kommt in Russland zu einer Dop-

pelherrschaft, die sich in Zwist und Zwietracht erschöpft? Die russische Geschichte bietet dafür unheilvolle Beispiele.

Vom Umgang der Herrschenden mit den Beherrschten hatte in den Präsidentenjahren Putins eine ganze Reihe von Ereignissen Zeugnis abgelegt: fragwürdige Gerichtsverfahren, die Knebelung der Opposition, die Übernahme unabhängiger Medien. Auch einige Morde sind zu verzeichnen, nicht nur die Fälle, die im Westen Aufsehen erregten. Sie sind in einer vom Kreml aufgeheizten Atmosphäre geschehen, wenn nicht sogar die Spuren direkt auf eine Mittäterschaft staatlicher Institutionen verweisen. Betrachtet man die Entwicklung der vergangenen Jahre als Ganzes und ruft sich auch scheinbar entrückte Details wieder in Erinnerung, bleibt nur der beklemmende Eindruck, dass die Weichen für Russlands nahe Zukunft gestellt sind, fort von den einst gewonnenen Ansätzen zur Demokratie hin zu autoritärer Herrschaft – ganz unabhängig davon, dass der neue Präsident mit seinem verbindlicheren Auftreten und gelegentlichen Äußerungen, in denen er «Rechtsnihilismus» und die um sich greifende Korruption beklagt, reformerische Akzente zu setzen trachtet. Das System, das Putin schuf, hat längst seine eigene Logik entwickelt, die den neuen Herrn im Kreml in ihr Netz eingesponnen hat. Der faktischen Annexion der georgischen Provinzen Abchasien und Südossetien, der anhaltenden Okkupation georgischen Kernlands nach dem Ende des Kriegs begegnete Medwedjew in der Rolle des besiegelnden Notars. Im patriotischen Siegestaumel ließ er keine unabhängige Position erkennen.

Die Ereignisse im Südkaukasus weckten nicht nur bei den direkten Nachbarn nie überwundene Ängste vor althergebrachtem russischem Expansionsdrang. Doch längst hat die neue Machelite erkannt, dass die Stärke des Landes nicht auf der Schlagkraft seiner Armeen beruht. Seine internationale Rolle wird zunehmend durch den Reichtum an Bodenschätzen bestimmt, vor allem

Erdgas und Erdöl. Daran wird langfristig auch die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise nichts ändern. Russlands Nachbarn haben bereits erlebt, wie Energieressourcen als politische Waffe dienen können. Und aus der ökonomischen Dominanz leitet Russland einen Anspruch auf politische Vorherrschaft ab, auf den auch Westeuropa eine Antwort finden muss.

Das Kaleidoskop russischer Wirklichkeit schillert in vielen Farben: das Feuerwerk explodierenden Reichtums in den Städten, die graue Armut auf dem Land, die Pracht eines selbstbewussten Staates, die Düsternis der Geheimdienstwelten. Dieses Buch versucht ein Mosaik zusammensetzen, indem es an Vorgänge erinnert, ohne die die Gegenwart nicht zu verstehen ist. Und indem es in der Kette der Ereignisse die Zusammenhänge sichtbar macht.

Der Rückblick auf die Präsidentenjahre von Wladimir Putin mag wie eine chronique scandaleuse erscheinen. Doch was der westliche Zeitungsleser als einzelnes Ereignis wahrnimmt, fügt sich in ein System. In diesem System gilt das Recht des Stärkeren, der Machtanspruch des autoritären Staates. Er wird zusammengehalten von den Netzen des Geheimdienstes und von Machteliten, die sich um den Kreml gruppieren. Sie bemänteln ihre Interessen mit patriotischem Stolz, der sich innen- wie außenpolitisch als gefährlicher Nationalismus gebärdet.

Putin weckte Sehnsüchte nach einem starken Russland. Noch in den letzten Tagen vor den Dumawahlen im Dezember 2007 schürte er in hysterischer Weise die Ängste der Bürger, als stehe das Land unmittelbar vor einer Invasion durch die NATO. In der Stunde der Gefahr sollten die Wähler sich hinter der Partei des Kremls versammeln. Wunschgemäß erzielte «Einiges Russland» mit 64,1 Prozent der Stimmen einen demonstrativen Sieg – der nicht zu Unrecht Putins ungebrochener Popularität zugeschrieben wurde und seine Machtstellung unabhängig vom künftigen Regierungsamt untermauerte.

Die Erfahrung nicht nur des politischen Lebens lehrt, dass mehrere Betrachter denselben Gegenstand höchst unterschiedlich beurteilen können. So ist auch die Sicht des Verfassers von seinen persönlichen Erfahrungen geprägt. Es geht ihm nicht um die Frage, ob das Messglas für politische Reformen in Russland halbvoll oder halbleer ist. Sondern um die Feststellung, dass die Flüssigkeit im Glas nicht weniger ist als Gift für die Entwicklung eines demokratischen Gesellschaftssystems in Russland.

Die Innen- und Außenpolitik eines Landes stehen naturgemäß in enger Beziehung zueinander. Insofern kann es Russlands Nachbarn nicht gleichgültig sein, was dort geschieht – umso weniger, wenn sie Zeugen werden, wie die Opposition im Land verfolgt wird und Kritiker sogar Mordanschlägen zum Opfer fallen. Und wenn sie erleben, wie Russland seine kleineren Nachbarstaaten unter Druck setzt. Vor vielen Jahren träumte der damalige sowjetische Präsident Gorbatschow von einem «Haus Europa», in dem jede Nation für ein Leben in Wohlstand und Sicherheit ihren Platz finden werde. Wenn diese Vision heute entrückter erscheint als vor zwanzig Jahren, dann haben das auch die Architekten im Westen zu verantworten. Es ist Zeit für eine Bestandsaufnahme, die für die Zukunft wappnet.

1. Kapitel

Was treibt Putin an?

Das kleine Seitengewach im Kreml, in dem ZDF und ARD ihre Kameras aufbauten, war mit Bedacht gewählt. Wenige Tage nach seiner Inauguration wollte der frischgekörrte Nachfolger Jelzins zu seinem Antrittsbesuch nach Berlin aufbrechen. Es entspricht den Gepflogenheiten, sich vor einer solchen Visite Journalisten des Gastlandes zum Gespräch zu stellen, damit die Bürger erfahren, was sie von dem hohen Besuch zu erwarten haben. So waren Thomas Roth für die ARD und sein Kollege vom ZDF in den Kreml gebeten worden. Die Regie hatte als Kulisse nicht einen der prächtigen Säle vorgesehen, deren imperialer Glanz tradierten Herrschaftsanspruch verkündet. Für die Verhältnisse des Hauses war es ein dezent eingerichteter Raum: Die Wände waren mit freundlicher grüner Seidentapete ausgestattet, gedämpftes Licht fiel auf goldene Stuckatur. Ein zierlicher Stuhl und ein Tischchen waren als Platz für den Präsidenten vorgesehen. Es gab keine äußerlichen Attribute, um dessen Autorität und Amtswürde zu unterstreichen. Die Maßgabe war Bescheidenheit.

Keiner der Anwesenden, die emsig mit den technischen Vorbereitungen beschäftigt waren, hatte bemerkt, wie die schmale, im dunklen Anzug gekleidete Gestalt den Raum betreten hatte und sich unauffällig unter die aufgeregten Ausländer mischte, so unscheinbar, wie man es Wladimir Putin nachsagt: einer, dem es gelingt, in einem Raum nicht einmal einen Schatten zu werfen. In bescheidener Freundlichkeit begrüßte er jeden der Anwesenden mit Handschlag, als schmerze ihn, dass die Begegnung in einem so förmlichen Rahmen stattfinden müsse, das hohe Amt wie eine Verkleidung, in der sich der Amtsträger als Mensch zu

behaupten versucht. Es weckte Erinnerungen an Begegnungen mit Olof Palme, den später ermordeten schwedischen Ministerpräsidenten, der wie kein zweiter Regierungschef in Europa das Bild des bürgernahen Politikers geprägt hatte.

Der Auftritt war gelungen. Der Eindruck von Vertrautheit verfestigte sich im Vorgespräch, als man zwangsläufig auf die Jahre in Dresden zu sprechen kam, der Präsident mühelos wechselnd zwischen der russischen und der deutschen Sprache. Die beiden Korrespondenten fühlten sich von so viel freundschaftlicher Ausstrahlung fast in einen Rauschzustand versetzt. Wie sich später zeigte, blieben sie nicht die Einzigen, die diesem Charme erlagen. Lilia Schewzowa, die langjährige Beobachterin der politischen Szene Russlands und Autorin eines klugen Buches über die Präsidentschaft Putins, bemerkte: «Ich kenne viele Menschen, die ihm misstrauisch oder geradezu skeptisch gegenüberstanden, bis sie Putin trafen und dann seine aktiven Unterstützer wurden. Er wusste, wie man Freunde macht.»

Die beiden Korrespondenten, die an jenem Tag im Juni 2000 zum Interview in den Kreml gefahren waren – nicht durch den Dienstboteneingang am Spassky-Turm, sondern durch das Borowitzky-Tor, das sonst nur hohen Würdenträgern vorbehalten war –, hatten sehr wohl ernüchternde Bilder aus den vorangegangenen Monaten vor Augen. Unvergessen war der erste Auftritt des jungen Politikers Putin auf der Bühne der Weltpolitik. Im Herbst 1999 fuhr Putin, der gerade zwei Monate vorher zum Ministerpräsidenten ernannt worden war, zu einem Treffen mit EU-Regierungschefs nach Helsinki, um die Partnerschaft Russlands mit der Europäischen Union zu untermauern.

Als Putin an der Tafel der Regierungschefs Platz nahm, hatten die Raketen ihr Ziel schon getroffen. Die Nachricht sickerte durch, dass der zentrale Markt in der tschetschenischen Hauptstadt Grosny in den frühen Abendstunden – als Hochbetrieb herrschte – zerstört worden sei. Von dreihundert Toten wurde

berichtet. Die Konferenz in Helsinki drohte als Debakel in die Geschichte der wechselhaften Beziehungen zwischen Ost und West einzugehen. Putin zog sich gegenüber den Regierungschefs der EU scheinbar ungerührt aus der Affäre. Würdelos konnte sein Abgang in Helsinki nur demjenigen erscheinen, der mit den Verhältnissen genauer vertraut war.

Auf der Pressekonferenz blieb ihm die Frage nach dem Raketenbeschuss von Grosny nicht erspart. Sein Gesicht nahm jenen kantigen und trotzigem Ausdruck an, dem man auch später immer wieder begegnete, wenn er mit unerfreulichen Themen konfrontiert wurde. Der Blick wird dann kalt und starr und verstrahlt wenig Sympathien für das Gewerbe der Berichterstatter. «Ich möchte die Aufmerksamkeit der Presse darauf lenken», sagte er spitz, «dass es sich (in Grosny) nicht um einen gewöhnlichen Markt handelt, sondern um einen Platz für Waffenhandel.» Nicht die Streitkräfte seien für die Explosionen verantwortlich, sondern ein Streit zwischen tschetschenischen Fraktionen.

Den anwesenden westlichen Politikern verschlug es die Sprache. Wie sollte man auf solche Kaltblütigkeit reagieren? Schließlich antwortete der damalige EU-Kommissionschef Prodi, man habe andere Informationen und sei sehr besorgt über die Entwicklung im Kaukasus. Damals schien es, als habe der Mann, den Boris Jelzin zu seinem Nachfolger auserkoren hatte, auf internationalem Parkett jedenfalls seine Glaubwürdigkeit verloren. Aber Putin hatte längst begriffen, dass die Zeit über solche Momente hinweggeht – wenn man nur kühn die Stirn bietet. Die Kühnheit sollte ihn später noch über ganz andere Klippen tragen.

Der Ort, von dem Putin in Helsinki behauptet hatte, er sei Schauplatz eines innertschetschenischen Kampfes gewesen, bot noch drei Tage später ein Bild des Grauens. Die Marktstände waren ausgebrannt, die Dächer hingen zerfetzt von den Gestellen. Der Markt war verlassen. Aber am Rand traf man Menschen, die erregt von den einschlagenden Raketen berichteten, von der Pa-

nik und von den Toten und Verletzten. Getroffen hatte der Raketenangriff die Bevölkerung, es war nichts anderes als ein ferngesteuertes Massaker. Die örtlichen, noch vom ersten Tschetschenienkrieg gezeichneten armseligen Krankenhäuser waren völlig überfordert. Die Verwundeten, darunter viele Frauen und Kinder, lagen in den Fluren auf dem Boden. «Zu viele Opfer», sagte resignierend ein junger Arzt, «wir haben zu wenig Verbandsmaterial und Medikamente. Wir haben keinen Platz, kein Licht, nicht einmal Wasser.»

Der neue Krieg werde die Zivilisten schonen, hatte Moskau versprochen. Doch bereits der erste, der im Dezember 1995 durch Jelzin vom Zaun gebrochen wurde, hatte Verderben über das kleine Volk am Kaukasus gebracht. Damals war die russische Öffentlichkeit noch empört über so viel sinnlose Grausamkeit. Putin hatte gelernt aus der Erfahrung des fehlgeschlagenen Feldzugs, der 1996 in – nach Moskauer Lesart – demütigende Friedensverhandlungen mündete. Er wusste, wie man sich als Oberbefehlshaber in Szene setzen konnte.

Es ist nicht zu leugnen, der zweite Krieg im Kaukasus, der diesmal unter Putins Befehl geführt wurde, hatte das Bild des jungen Präsidenten geprägt, dessen Sanftmut die beiden Korrespondenten an jenem Junitag des Jahres 2000 fast erlegen wären. Eigentlich hätten sie es besser wissen müssen. Denn der Krieg hatte sie zu Zeugen von Begebenheiten werden lassen, die im Drehbuch eines erfolgreichen Feldzugs nicht vorgesehen waren. Gelegentlich wurden sie sogar zu Gejagten. Für ausländische Journalisten wurde die Region zu einer verbotenen Zone erklärt. Die russischen Kollegen hingegen nahm man an die kurze Leine. Keine verstörenden Bilder vom Ort des Geschehens sollten die patriotisch getönte Stimmungslage verunsichern, keine Meldungen von Übergriffen und Fehlern der Armee, die ausgezogen war, um den schmachvollen Abzug von 1996 zu rächen.

Um unserer Pflicht zur Berichterstattung nachzukommen,